

Bezugspreis:

Streifen 2.- M. monat. 4.- M. ...

Anzeigenpreis:

Die abgegruppelten Nonpareil-Belegblätter ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 23. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Sturz in den Abgrund.

Morgenröte.

Ein frischer Oktobermorgen. Im Tiergarten ...

Sehen und hören! Die Fabrikläute steigen ...

Allmählich fällt sich der Raum, der viel zu klein ist.

Ueber den Dächern schwebt das Licht. Die Siegesläute ...

Sachlich und ruhig erklingen die Stimmen. Es hört sich ...

Das Sonnenlicht strahlt immer noch, wenn heute auch ...

Von der rechten Saalwand leuchtet ein großes Bild ...

Minister und Fürsten kommen und gehen; die Sozialdemokratie bleibt; das Volk wird leben und herrschen; es wird Frieden sein in allen Völkern!

Wilhelm der Zweite ist erledigt. Das deutsche Volk lebt. Es regiert in Demokratie, klagt an und richtet.

Das Tageslicht vergoldet das Bild an der rechten Saalwand. Schuld und Sühne in der Geschichte und Gegenwart. Morgenröte!

Der dritte Tag.

Mit der heutigen dritten Sitzung des zweiten Untersuchungsausschusses der parlamentarischen Untersuchungskommission wurde die Bernesehmung des Vorkämpfers Grafen Bernstorff beendet.

Bei Beginn der heutigen Sitzung hält man beim 22. Januar 1917 und bemüht sich, den tieferen Sinn der Wilson-Botschaft von jenem Tage zu ergründen.

Bernstorff wird durch diese Aktion etwas erregt und beginnt viel weniger diplomatisch und viel deutlicher deutsch zu reden als bisher.

Darum und weil Amerika mehr oder weniger neutral, mehr oder weniger aufrichtig friedensvermittlungsfreudig war, mußte Deutschland auf die amerikanischen Vermittlungsversuche eingehen.

So Graf Bernstorff klar und bestimmt. Da sagte der konservative Vorsitzende Landgerichtsdirektor Barmuth in strengster Tone: es werde ja noch näher untersucht werden, ob es überhaupt möglich gewesen sei, den Eintritt Amerikas in den Krieg zu verhindern.

Die Abmachungen Wilsons im Dezember-Januar 1916/17. Alles, was darüber gesprochen wird, bewegt sich in der Form, die man in der Grammatik als den irrealen Fall der hypothetischen Periode bezeichnet.

Das ermattende Interesse wird neu belebt, als sich die Erörterung den kritischen letzten Januartagen zuwendet, in denen die Drometen des U-Bootkrieges die Klänge der Friedensschalmeien gewaltig überlörnten.

Am März kommt Bernstorff nach Berlin zurück. Am 15. März hatte er eine Unterredung mit Bethmann, der ihm sagte, auf Wilsons Vermittlungsversuch habe er nicht eingehen können, weil Wilson in Deutschland zu unpopulär sei.

So hat sich Bethmann gegen die bessere eigene Meinung, für die er nur bei der Sozialdemokratie eine Stütze fand, höheren Mächten unterworfen.

berredet, das deutsche Volk, sondern es waren die Tirpitz und Ludendorff.

Erst am 4. Mai 1918 bekommt Bernstorff Gelegenheit, das Angeficht des „Allerhöchsten“ zu sehen. Einige Wochen hat man ihn in Ruhe schmoren lassen.

Allerdings, ein Jahr brauchen wir nicht mehr, um — besiegt zu sein, um den Sturz in den Abgrund zu erleiden ...

Der Sitzungsbericht.

Der Vorsitzende Abg. Barmuth eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr und stellte fest, um irrümlichen Auffassungen zu begegnen, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses ein selbständiges Fragerecht besitzt.

Es wird darauf in die Verhandlungen eingetreten und die Vernehmung des Grafen Bernstorff fortgesetzt.

Vors. Barmuth: Ergelien haben uns erklärt, daß, solange die Friedensvermittlungsbotschaft mit Wilson schwebte, niemals davon die Rede gewesen ist, daß Deutschlands Integrität durch den Friedensvertrag irgendwie angegriffen werden sollte.

Graf Bernstorff: Jawohl!

Vors. Barmuth: Nun hat in der Senatsbotschaft vom 22. Januar Wilson erklärt, daß es ein einziges unabhängiges selbständiges Polen geben sollte.

Neutralisierung der Zugangswege erzielt werden. Wir scheitern, daß hier ein Widerspruch besteht.

Graf Bernstorff: Daß Wilson die Wiederherstellung Polens wollte, bezweifle ich keinesfalls.

Vors. Barmuth: Ist das Ihre persönliche Auffassung oder der Niederschlag Ihrer Unterredungen?

Graf Bernstorff: Das ist meine aus den damaligen Verhandlungen hervorgegangene Uebersetzung.

Vors. Barmuth: Es sind also vom Obersten Hause Neuhergestellte worden, daß nicht genau der status quo ante wiederhergestellt werden sollte, sondern daß in Kompensationswege das eine oder andere Stück abgetreten werden sollte.

Graf Bernstorff: Das ergab sich von selbst aus dem Programm: Frieden ohne Sieg, denn wenn Deutschland Gebiete ohne Kompensationen hätte abtreten sollen, so wäre das kein Frieden ohne Sieg gewesen.

Vors. Barmuth: Hat Oberst Houze sich zu Ihnen in dem Sinne geäußert?

Graf Bernstorff: Es ist mit mir mündlich in dem Sinne verhandelt worden, daß

gegenseitige Kompensationen nicht ausgeschlossen seien.

Abg. Götlein (Dem.): Es wird in den Instruktionen mir von Zugangswegen für Polen gesprochen.

Graf Bernstorff: Auf solche Einzelheiten sind wir nicht eingegangen. Die Botschaft des Präsidenten erfolgte am 22. Januar, bald darauf habe ich mit Oberst Houze eine Unterredung gehabt, in der mir die

Friedensvermittlung Wilsons auf der Basis seiner letzten Botschaft

angeboten würde. Diese Tatsache habe ich nach Berlin telegraphiert. Das war meine letzte politische Unterredung mit House. Ich habe nur noch später ihm die Erklärung des II. Vortrags überreicht, worauf der Abbruch sofort erfolgte.

Abg. Dr. Schüding: Es ist nicht von einem neutralen Korridor, sondern von einem neutralen Weg geredet worden. Haben Sie es so verstanden, daß damit ein völkerrechtliches Territorium gemeint war?

Graf Bernstorff: Damals hieß es nur, ein Zugang zum Meer durch Eisenbahnen oder dergleichen sollte erreicht werden.

Vorsitzender Darmuth: Das Gebiet sollte also nicht der deutschen Staatshoheit entzogen werden?

Graf Bernstorff: Nein.

Professor Dreyfus: Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß auf amerikanischer Seite Klarheit darüber bestand, wie Polen wieder hergestellt werden sollte?

Graf Bernstorff: Ein klares Programm war in Amerika hierfür nicht vorhanden, das sollte den Verhandlungen unter den Neigeführten vorgehalten bleiben.

Auf eine Frage des Sachverständigen Professor Bonn erklärt **Graf Bernstorff:** Ich habe auf dem Standpunkt, daß die Friedenskonferenz Wilsons von 1918 mit derjenigen von 1917 gar nichts zu tun hat. Auch damit daß.

Wilson in Versailles verfaßt

Sat. Ist dies nicht zu tun. Das sind vollkommen getrennte Aktionen gewesen, ein Rückschlag von der einen zur anderen ist ausgeschlossen.

Professor Bonn: Zunächst hat also Wilson nach langem Jögern einen Friedensschritt getan und sich dabei nur ganz allgemein ausgesprochen, das war am 21. Dezember. Dann erhielt er eine Antwort der Entente mit deren Friedensbedingungen, unsere wurden ihm nicht bekannt. Daraufhin hat er versucht, etwas zu schaffen, was als Diskussionsgrundlage bezeichnet werden könnte?

Graf Bernstorff: Die Votivschiff vom 21. Januar sollte meiner Auffassung nach ein Programm sein für eine Besprechung, weiter nichts.

Professor Bonn: Das Wort „Programm“ deutet auf etwas Bestimmtes hin, es handelt sich hier wohl nur um allgemeine Grundsätze. Ein Programm finden wir nachher in den 14 Punkten Wilsons.

Graf Bernstorff: Ich bin damit einverstanden, daß man es nicht als Basis, sondern als allgemeine Grundsätze bezeichnet.

Auf eine Frage des Sachverständigen Professor Dr. Schäfer, wie Amerika sich eine Kompensation auf territorialen Gebieten ohne Annexion habe denken können, führt

Graf Bernstorff: Dem Präsidenten Wilson hat nur vorgeschrieben eine Besprechung zwischen den Kriegführenden herbeizuführen. Was dabei herauskommen würde, war natürlich nicht vorauszusagen. Ich habe immer den Wunsch vertreten, daß Wilson die Friedensvermittlung übernehme, damit der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg verhindert würde. Ich war immer der Ansicht, daß der U-Boot-Krieg automatisch den Abbruch der deutsch-amerikanischen Beziehungen herbeiführen würde, deren automatische Folge wiederum der Krieg Amerikas mit Deutschland sein müßte. Der Zutritt Amerikas in den Krieg mußte meiner Ansicht nach unbedingt vermieden werden.

zum Siege der Entente

In. Infolgedessen blieb nichts übrig, als eine Vermittlung Wilsons anzunehmen. Ohne die Hilfe Amerikas konnte die Entente uns überhaupt nicht besiegen. Wäre es uns gelungen, den Krieg mit Amerika zu verhindern, so wäre unter allen Umständen mindestens ein Verständigungsfriede zustande gekommen.

Vorsitzender Darmuth: Wilson hat es also abgelehnt, sich in eine Verhandlung über territoriale Fragen einzumischen.

Abg. Ostheim (Dem.): Ist die veränderte Stellungnahme Wilsons darauf zurückzuführen, daß ihm unterseits die Mitteilung der Friedensbedingungen verweigert wurde, war das Wort „einiges Polen“ so zu verstehen, daß zu Polen sämtliche Gebiete mit politischer Bevölkerung gehören sollten? Wir sprechen auch von einem „einigen Deutschland“, obgleich weite deutschsprachige Gebiete außerhalb Deutschlands liegen. Meint Erzellen, daß Präsident Wilson der Ansicht war, daß die gemischtsprachigen Gebiete in unferne Dismarken unbedingt zu einem einzigen Polen gehören müßten?

Graf Bernstorff: Ich glaube nicht, daß Wilson sich über die Grenzen damals genauer informiert hat, eine bestimmte Vorstellung von der Abgrenzung Polens nicht hatte.

Professor Dreyfus: Ist da nicht ein Widerspruch vorhanden?

Gestern hat Graf Bernstorff gesagt, Wilson habe uns niemals zugemutet, auch

nur das geringste Gebiet abzutreten,

heute heißt es, daß ein einiges Polen geschaffen werden sollte. Die logische Folgerung hiervon ist doch, daß von einer Abtretung gesprochen wurde.

Graf Bernstorff: Ich wiederhole, daß mir gegenüber in allen Verhandlungen niemals eine Gebietsabtretung zugemutet worden ist. Ueber die polnische Frage habe ich nicht mehr verhandelt, weil es zu Verhandlungen über die Votivschiff vom 22. Januar überhaupt nicht mehr gekommen ist. Was ich bei den Verhandlungen gesagt habe, beruhte immer auf der festen Basis von **Instruktionen aus Berlin.**

Zur Votivschiff vom 22. Januar habe ich niemals Instruktionen gehabt, wie ich auch nie darüber verhandelt habe. Ueber die preussisch-polnische Frage ist nur in allgemeinen Wendungen gesprochen worden.

Abg. Dr. Cobu: Wann erhielten Sie Kenntnis von der Proklamation Polens durch die Mittelmächte?

Graf Bernstorff: Zunächst durch die gewöhnlichen Transozean-telegraphen, ob sie mir später auch amtlich mitgeteilt worden ist, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls hat die Proklamation bei den Verhandlungen mit Wilson keine Rolle gespielt. Wohl aber wurde sie in der amerikanischen Presse lebhaft besprochen. Die deutsch-feindliche Presse hielt sie nicht für erheblich, die andere Presse sah in ihr die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Prof. Bonn: Es ist genau zu unterscheiden, was Wilson bis zum 31. Januar und was er nachher wollte. Sonst kommt man zu falschen Schlüssen. Bis zum 31. Januar ist Wilson

auf einer Linie

geblieben. Am 18. Dezember richtete er eine allgemeine Einladung an alle Kriegführenden, am 22. Januar stellte er in seiner Votivschiff bestimmte Grundsätze auf und am 23. oder 24. Januar ging er auch darüber hinaus und ließ durch Oberst House einen ganz bestimmten Vermittlungsvorschlag anbieten.

Prof. Bonn: Wollte Wilson, als er seinen Vermittlungsvorschlag machte, als Gleichberechtigter mit am Verhandlungstisch teilnehmen oder wäre er damit zufrieden gewesen, wenn er die Kriegführenden zusammengebracht hätte?

Graf Bernstorff: Wilson hat mir immer sagen lassen, er wüßte,

die Kriegführenden zu einer Konferenz

zusammenzuführen. Dann sollte gleichzeitig oder hinterher eine zweite Weltkonferenz stattfinden, an der er mit sämtlichen Staaten der Welt teilnehmen wollte und die die allgemeinen Fragen zu regeln gehabt hätte.

Prof. Bonn: Also auf der ersten Friedenskonferenz wollte Wilson weder vertreten sein noch bestimmte materielle Forderungen durchsetzen?

Graf Bernstorff: Das hat er stets erklärt.

Prof. Bonn: Daraus ergibt sich, daß, wenn die Kriegführenden sich auf einer etwas anderen Grundlage geeinigt hätten, als sie in der Votivschiff vom 22. Januar enthalten war, Wilson höchstens auf der zweiten Konferenz etwas hätte machen können, aber nicht auf der ersten.

Graf Bernstorff: So war es gedacht. Wilson legte gar keinen Wert auf bestimmte Formulierungen, er würde sich auch mit anderen Formulierungen einverstanden erklärt haben. Er hat sich immer nur für diejenigen Fragen interessiert, die

eine tiefgehende Bewegung

auch in den Vereinigten Staaten ausgelöst hätten: Freiheit der Meere, Schiedsgerichte und vor allem Abrüstung.

Prof. Bonn: Wenn die Parteien auf der ersten Konferenz sich ohne Wilsons Zutun geeinigt und die Polenfrage anders gelöst hätten, würde Wilson da irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben?

Graf Bernstorff: Das glaube ich nicht.

Vors. Darmuth: In der Votivschiff vom 22. Januar sind doch aber genaue Forderungen hinsichtlich Polens enthalten. Sollten diese Forderungen für den Frieden nicht eine conditio sine qua non sein?

Graf Bernstorff: Ich glaube, daß Wilson auch in der politischen Frage sich nur ein ganz allgemeines Bild gemacht hat.

Abg. Dr. Schüding: Glauben Sie, daß Wilson, als er seine Votivschiff vom 22. Januar auflegte, er oder seine näheren Mitarbeiter die eigenartigen gemischtsprachigen Verhältnisse der preussisch-polnischen Provinzen auch nur gekannt hat?

Die Spitzenbelastung ist die höchste Leistung, die ein Kraftwerk abzugeben hat. Der Name rührt davon her, daß man sich die Belastung in Form einer Kurve aufzeichnen pflegt, und die Höchstbelastung dann als Spitze aus dieser hervorragt. Eine solche Spitze dauert nicht lange an, aber die Leistungen müssen immerhin so bemessen sein, daß sie diesen Höchststrom hindurchlassen, dadurch werden sie natürlich teuer und ganz besonders teuer, wenn sie lang sind. Sollte Berlin also ganz von Golpa aus versorgt werden, so müßte die Fernleitung für den in den Abendstunden auftretenden Spitzenbedarf berechnet werden, anstatt für einen mittleren Tagesbedarf. Wenn aber am Orte selbst Kraftwerke vorhanden sind, so ist es wirtschaftlicher, sie mitarbeiten und den Spitzenstrom von ihnen erzeugen zu lassen. Das kostet aber doch auch Kohle und sogar auch solche, die mit der Eisenbahn befördert werden müßte, wird mir der nachdenkliche Leser entwinden und mit einem gewissen Recht. Der Unterschied ist eben nur, daß ein einziger Güterzug dem städtischen Kraftwerk die Kohle für eine ganze Reihe von Spitzenbelastungen zuführt, so daß die Eisenbahn selbst keine Spitzenbelastung dadurch erleidet. Das macht es wirtschaftlicher, Kohle an Ort und Stelle zu bringen und da den Strom zu erzeugen, als die Leitungen zu verstärken und den Strom von außerhalb zuzuführen.

So die rein wirtschaftliche Überlegung. Anders wird es freilich, wenn man die große Transportmittelknappheit mit in Betracht zieht, dann dürfte es doch zweckmäßiger, wenn auch nicht wirtschaftlicher sein, mit Fernstrom zu arbeiten. Aber diese Knappheit ist doch schließlich nur eine vorübergehende Erscheinung, und vielleicht schon in 1-2 Jahren treten wieder die normalen wirtschaftlichen Überlegungen in Kraft.

Gottfried Keller's Dramenfragment „Therese“ wurde von der Weimarer Literarischen Gesellschaft zur Aufführung gebracht. Es ist die einzige dramatische Arbeit des Dichters, die außer einem Schweizer Festschrift gedruckt wurde. Das Fragment behandelt die unglückliche Liebe einer begehrliehen reifen Frau zum Verlorenen ihrer jugendlichen Tochter. Die Mutter wird nach schweren inneren Kämpfen in den Tod getrieben. Der Eindruck der Aufführung wird gerühmt.

Wie wir hören, ist auch in Berlin eine Aufführung der Therese-Scenen geplant, die Dr. Max Hochdorf leiten wird. Sie wird im „Kleinen Schauspielhaus“ stattfinden.

Bei Heine und Baudelaire. Neuerdings hat Ludwig Haardt einen Vortragshand gehalten, der eine Reihe der kühnsten literarischen Individualitäten zusammenfügt: Heinrich Heine, Bodelschwing, Poe, Baudelaire und den unbedeutend in einem wackeligen See zugrunde gegangenen Klugungen Georg Heym, in dessen Dichtung der Einfluß deutlich ist, den vor dem Kriege eine Festsung jener Franzose aus dem dritten und letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, Baudelaire, in Deutschland ausgeübt hat. Der wolle, wie er selbst gesagt, die Schönheit aus dem Bösen hervorheben, und er läßt sich fassen als ein geistiges Zeichnen jener Genies, die während des zweiten Kaiserreichs die Pariser Gesellschaft durchschlug. Er war der Dichter einer imperialistisch ausartenden Zeit,

Graf Bernstorff: Ich bin überzeugt, daß er sie nicht gekannt hat. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Dr. Spahn: Später, am 1. Juli 1918, hat Wilson hinsichtlich Polens ganz bestimmte Leitfäden aufgestellt. Glauben Sie nicht, daß diese Leitfäden für Wilson die ganze Zeit hindurch bestimmend waren?

Graf Bernstorff: Man muß stets beachten, daß am 31. Januar 1917 in dem Verhalten Wilsons eine völlige Wandlung eingetreten ist. Bis zum 31. Januar glaubte Wilson, daß wir einen Verständigungsfrieden wollten. Nach dem 31. Januar aber war er der Überzeugung, daß wir nur den sogenannten deutschen Frieden annehmen würden, der die uns von der Entente unterstellte Welt-herrschaft enthielt. So erklärt sich psychologisch diese Wandlung.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Enthüllungen über den Dreibundvertrag.

In Wien erscheint demnächst ein Werk über die politischen Geheimverträge Oesterreich-Ungarns von Jahre 1879 bis 1914. Darin wird auch Aufschluß über den Inhalt der Dreibundverträge gegeben. Der erste Dreibundvertrag mit einer fünfjährigen Dauer wurde am 20. Mai 1882 unterzeichnet. Er verpflichtete Oesterreich-Ungarn und Deutschland, Italien mit ihrer ganzen Kriegsmacht zu Hilfe zu eilen, wenn es ohne Provokation seinerseits von Frankreich angegriffen würde.

Bemerkenswert sind die Ausführungen, die auf die einflussreiche Spannung innerhalb des Dreibundes hinweisen. Hier wird gefolgt:

Die Krise des Dreibundes begann mit dem ersten schweren Konflikt zwischen England und Deutschland. Bereits 1896 teilte Italien den Mittelmächten mit, daß es an einem Kriege, in welchem England und Frankreich gemeinsam als Gegner der Dreibundstaaten auftreten sollten, nicht teilnehmen könnte, eine Erklärung, die allerdings Deutschland und auch Oesterreich-Ungarn sich weigerten, zur Kenntnis zu nehmen. Der Dreibundvertrag wurde noch zweimal, 1902 und 1912, unbedeutend erneuert, desgleichen das Protokoll von 1891, obgleich es im Hinblick auf die sich mehrenden Differenzen zwischen Deutschland und England immer weniger den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Italien setzte dann auch durch, daß 1912 die Souveränität Italiens über Tripolis anerkannt und die Vereinbarungen von 1901 und 1900 über Albanien bestätigt wurden. Alle übrigen Forderungen Italiens wurden von den Mittelmächten zurückgewiesen.

Hier wird zum ersten Male mit aller Deutlichkeit enthüllt, was allerdings schon bisher nicht ganz fremd, wenn auch dokumentarisch nicht belegt war, daß Deutschland und Oesterreich seit dem Jahre 1896 auf Italiens Hilfe nicht mehr zählen konnten. Wenn nun die Mittelmächte sich weigerten, diese Erklärung Italiens anzuerkennen, so bedeutet dieser „diplomatische“ Akt nichts anderes als die Verhüllung der gänzlichen politischen Hilflosigkeit der damaligen deutschen und österreichischen Regierung. Die Ereignisse haben denn auch zur Genüge bewiesen, welche geringen Eindruck diese Willensäußerung der Mittelmächte auf die italienische Regierung gemacht hat. Im übrigen behalten wir uns vor, auf das Werk bei seinem Erscheinen näher einzugehen.

Reaktionäre Methoden. In Nr. 514 der „Königlichen Rundschau“ beklagte sich ein Herr v. Gleichen, daß sein Name unter einem Pseudonym in Romain Hollands gesetzt sei. Daraus sandte Herr Professor L. Nicolai an das Blatt eine Mitteilung, daß Herr v. Gleichen niemals aufgeführt worden sei, seine Unterschrift zu geben; vielmehr sei der bekannte Schriftsteller A. v. Gleichen-Ruhwurm um seine Unterschrift gebeten worden. Die „Königliche Rundschau“ hielt es nicht für nötig, von dieser Mitteilung ihren Lesern Kenntnis zu geben; auf Grund dieser journalistischen Unaufrichtigkeit des reaktionären Blattes teilen wir, einer Bitte der Liga zur Beförderung der Humanität folgend, den Sachverhalt mit.

Fern- und Nahkraftwerke.

Die Lage, die den Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin und Bitterfeld brachten, haben den Verlinern so recht vor Augen gerückt, was es heißt, von einem Ueberlandwerk abhängig zu sein. Dem Bewohner der großen Städte ist das vielfach etwas Ungeheurer, sein Schicksal, die wichtige Frage, ob er Licht bekommen soll oder nicht, in einem weit entfernten Ort bestimmen zu sehen, während der Bewohner des flachen Landes schon ganz daran gewöhnt ist. Ähnlich, mit dem Fortschreiten der Technik wird auch der Bewohner der größten Städte in Abhängigkeit von solchen Fernkraftwerken geraten, denn die Entwicklung geht ganz unzweifelhaft darauf hin, die Nahkraftwerke, soweit sie nicht auf Wasserkräften oder ähnlichen Naturschätzen beruhen, aufzuküpfeln. Die außerordentliche Kohlen- und Transportmittelknappheit, in der wir uns nun schon seit Jahren befinden, und die voraussichtlich auch noch Jahre anhalten wird, dürfte diese Entwicklung noch ganz besonders heilsamen.

Es sind nun zwei Gesichtspunkte, von denen aus man diese Frage beurteilen kann, zu unterscheiden. Der wichtigste ist das Bestreben, Brennstoffe zu ersparen. Es ist nicht nötig, darüber etwas Besonderes zu sagen, die Schwierigkeit der Kohlenversorgung ist ja genügend bekannt. Wenn man Wasserkräfte zur Verfügung hat, so ist es natürlich am besten, sie haben keinerlei Brennstoffverbrauch und das Wasser strömt ihnen, ohne daß dazu irgend welche Arbeit zu leisten ist, von selber zu. Die hohen Kosten des Ausbaus von Wasserkräften sind zwar zu beachten, werden aber kein entscheidendes Hindernis bilden. Fast noch günstiger sind Braunkohlen, weil sie nicht von der Günst der Jahreszeit abhängen und bei den geringen Förderkosten den Strom ebenso billig erzeugen lassen, als es bei Wasserkräften der Fall ist.

Man wird nun einwenden, das seien doch auch Brennstoffe, die in den Städten unter Umständen nützlicher verwandt werden könnten, aber das ist ein Fehlschluss. Man muß eben berücksichtigen, daß die Eisenbahn sowohl Kohle befördert, als es ihr nur irgend möglich ist, daß die Braunkohle, die in elektrischen Strom verwandelt wird, eben als Braunkohle nicht abgefördert werden kann, und die elektrische Leitung somit einen Transportweg darstellt, der die Eisenbahn unterfüßt, ihr — elektrotechnisch ausgedrückt — parallel geschaltet ist. Wenn daher Berlin ganz von dem Ueberlandwerk in Golpa-Bischofswerda aus versorgt würde, braucht man sich über ein bißchen mehr an Stromverbrauch nicht aufzuregen, weil damit der deutschen Volkswirtschaft nichts verloren ginge. Soweit es es aber noch nicht, und wahrscheinlich wird es auch nicht soweit kommen, denn die wirtschaftlichen Bedingungen sprechen durchaus nicht dafür, die Nahkraftwerke ganz stillzulegen. Das ist eine Frage der sogenannten Spitzenbelastung.

und sein Werk stieg mit einer neuen imperialistischen Welle abermals empor. Als ein Verächter der kleinbürgerlich-fortschrittlichen Massenideale achtundvierziger Abkunft baute er am individuellen Ziel der „Kunst für die Kunst“. Eine starke Künstlerpersönlichkeit ohne Frage. Ganz auf sich gerichtet, um in sich selbst zu erstarren, mit aufgereiztester Wahnheit der Sinne hinzuzufahren durch alle Stärken und Ungeheuerlichkeiten der Welt. Eine ekstatische Natur, die sich an Qualen betranken mochte, in immer explosionsbereiter Konzentration. Von diesem wuchtigen Weltkrieger aus suchte Hardt sein Programm zu gestalten. Eine Einheit der Form war da nicht für das Ganze zu erreichen, denn Heine und Bodelschwing lebten in der schicksalhaften Versart deutscher Vergangenheit. Aber in der individuellen geistigen Stimmung ist, natürlich vom politischen Heine abgesehen, eine Annäherung gegeben. Die beiden deutschen Dichter sind ebenso frei wie Baudelaire von aller Wirklichkeitsbeziehung einer phantastischen unwahren Bürgerlichkeit; und wagen zu sagen, was um sie ist und sie erregt, empört, entzündet.

Ein lautes Programm, zu lächeln vieldeutig, wenn gemessen wird mit der Fähigkeit der Sinne, dissonant fiebernde Dichtung von größter Fülle der Gefühle im Hören umspannen und durchdringend aufzunehmen. Jenseit von Heine und Bodelschwing wuchs diese Schwierigkeit, und vielleicht hat auch das Programm noch nicht die endgültige Form. Nicht viele Vortragskünstler werden wagen, das seltsam bannende Gedicht „Der Kabe“ von dem Amerikaner Poe (den Baudelaire pries), eins der erschütterndsten Gedichte der Weltliteratur, zu sprechen, diese Worte mutigen schmerzhaften Singsingenens der furchtbaren Wahrheit, daß auch die höchste Herrlichkeit menschlichen Lebens, mit dem Tode unwiederbringlich verloren ist. Hardt bewältigte den Koloss dieses Gedichtes, der sich schwer und dunkel inmitten des Abends erhob.

Die Hardt innerlich zu den Dichtern dieses Programms stellt, kann man ihm fast von den Händen ablesen. Heine und Bodelschwing sind ihm Dichter größter Talentspannung; bei ihren Gedichten schließt seine Linke sich leicht erhoben zur Faust, mit verhalten gespanntem Bewegten im Handgelenk, das aber doch ein Wirken ist aus gesammelter Energie. Bei Poe, Heine, Baudelaire aber öffnen die Hände sich zu Bewegungen, die ein mächtiges Etwas zu umfassen, zu feiern, magnetisch zu heben scheinen. Diese Sprache der Hände ist wesentlich. Wie wird sie während der Rede, immer ist sie nur ein gedämpftes Ausstrahlen, von dem die Arbeit der Stimme begleitet wird, dessen Schein aber doch im wortgeformten Maße, Gefühl und Gedanken mitwirkt.

Eine Gedächtnisfeier für Emil Fischer veranstaltete die Deutsche Chemische Gesellschaft am 24. Oktober 5 Uhr im Berliner Dolmannbau. Hermann Bischoffs wird über Fischers Verdienste um die Deutsche Chemische Gesellschaft, L. Knorr über seine wissenschaftlichen Verdienste und seine Persönlichkeit, C. Dittberg über Fischers Beziehungen zur Industrie sprechen.

Staatssekretär Dr. August Müller, der von der Reichsregierung zum Führer der für die Washingtoner Arbeiterkonferenz bestimmten deutschen Delegation ernannt ist, muß seine an der Selig-Postschule angelegte Vorlesung über die neue Gesetzgebung ausfallen lassen.

Theater. In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplans am 26. Oktober, abends, Paul Lange und Vera Farsberg aufgeführt. — Im neuen Operettenhaus findet am Montag die 150. Aufführung der „Damen in Strümpfen“ statt.

Französische Militärherrschaft in Elsass-Lothringen.

(Fig. Drahtbericht unseres badischen Korresp.)

Die Elsass-Lothringer haben sich nie unglücklicher gefühlt, als unter der Herrschaft der Franzosen, die sich ihnen als Befreier angepöbeln ließen. Frankreich unterdrückt rücksichtslos jede selbständige Regierung in der elsass-lothringischen Bevölkerung. In Straßburg ist eine große Anzahl Einheimischer wegen neutralistischer Propaganda verhaftet worden, darunter auch der Redakteur von „La République“; weitere Verhaftungen stehen bevor. Im lothringischen Streifen sind am Dienstagabend 120 Verhaftungen von Streitenden vorgenommen worden, darunter auch Herron, der Schriftführer der sozialdemokratischen Partei Lothringens.

Die Verhaftungsmanie der Franzosen forciert im ehemaligen deutschen Reichslande jeden Tag neue Opfer. Die Bevölkerung erkennt daraus immer deutlicher, was sie von den schweißigen Händen der Franzosen zu halten hat. Unter deutscher Herrschaft haben sich die Elsass-Lothringer als Bürger zweiter Klasse gefühlt. Von den Franzosen aber fühlen sie sich als Bürger dritter Klasse behandelt.

Die Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und den freiziehenden Metallarbeitern scheinen zu einem günstigen Resultat zu kommen. In Metz ist zum Teil die Arbeit wieder aufgenommen.

Die sozialdemokratische Revue „Vollstribüne“ hat beweisen festgestellt, daß ihr früherer Redakteur Pierra, der unter merkwürdigen Umständen von den Franzosen verhaftet worden ist und dann erklärt hat, daß er bedauere, daß seine Tätigkeit im Interesse der Feinde Frankreichs lag, ein Agent der Regierung Clemenceaus ist. Die „Vollstribüne“ droht mit weiteren Enthüllungen.

Die „Fälzische Post“, unser Ludwigshafener Parteivergan, wurde auf Befehl des Generalkommandanten der französischen Rheinarmee auf fünf Tage verboten, weil sie gegen den General der Besatzungsarmee zu Unrecht Stellung genommen haben soll.

Der Münchener Gesellenmord vor Gericht.

München, 23. Oktober.

Der Soldat Max Koler war mit Müller, Kreiner und anderen aus seiner Kompanie in einem Café, als unter Lärm die Verhafteten durchgeführt wurden. Er fragte die Leute, was da eigentlich los sei. Es wurde ihm erwidert: Das sind Spartakisten.

die werden erschossen.

Diese Antwort erhielt er aber nicht von den Begleitmannschaften. Müller habe einen Liter Wein getrunken gehabt. Im Keller habe er versucht, Müller zurückzuhalten, aber dieser habe ihm die Pistole auf den Kopf gesetzt und ihn gedroht. Auf seine Bitte hin, sich doch nicht unglücklich zu machen, habe Müller erwidert: Geh weg du, ich weiß was ich tue. Kreiner und er haben einen Revolver vor Müller gerichtet, es ist der Zeuge Schuetz. Als der Oberst kam, seien sie alle festgenommen worden.

Der Zeuge Edel-Eder war Unteroffizier beim Freiwilligenkorps und ist jetzt Offizier bei der russischen Westarmee. Er war damals mit anderen Soldaten ebenfalls in Untersuchungshaft genommen. Das Verbrechen gegen ihn ist aber gleichfalls eingestanden worden. Als der Zeuge in den Keller kam, lagen die Besatzungen schon am Boden und es wurde auf sie geschossen und losgeschossen.

Die Sache war aber heischig zu Ende, es hieß, es seien Spartakisten. Der Zeuge will nicht gesehen haben, daß die Leute verurteilt wurde. Neben Müller machte sich unter den Leuten besonders bemerkbar ein preußischer Sergeant mit hoher Kränze. Als der Oberst erschien, ist eine Anzahl Soldaten gestiegen, unter ihnen auch der Sergeant. Der Oberst habe den Zeugen zur Rede gestellt, warum er nicht als Charakterter der Tat verhindert habe. Er habe geantwortet, daß mit den Leuten nichts anzufangen gewesen sei. Sie seien zum Teil auch betrunken gewesen; diesen Einbruch habe er gehabt, denn nebenan lag auf einem Strohsack ein Soldat und schlief ganz fest bei all dem Lärm. Sie hätten versucht, die Leute zu schämen, seien aber dann selbst bedroht worden, so daß sie bei dem Zustand der Soldaten davon Abstand nehmen mußten. Der Zeuge weiß auch, daß Grabasch den „Jugendlichen Gnadenstuhl“ abgegeben hat. Es handelte sich um einen Mann, der schwere Verletzungen an der Brust hatte, ebenso drei Hiebe über den Kopf. Der Schädel war offen, die Gehirnhäute quoll heraus. Der Mann lag unbedingt in den letzten Augen. — Vors.: Würden Sie sich getraut haben, dem Mann den Gnadenstuhl zu geben? — Zeuge: Unter Umständen ja. Es wurde von mehreren Soldaten angeht des grauenhaften Anblicks gerufen: Er sieht ihn doch ganz, damit er nicht mehr so zu leiden braucht. Hierauf gab Grabasch aus seinem Mitleid den Stuhl ab. — Der juristische Beisitzer im Gerichtshof stellt an den Zeugen eine Reihe Fragen, von denen Glaubwürdigkeit nachsprachen, an der er anscheinend Zweifel hegt.

Die aus Kärntenwalde geladenen Offiziere und Unteroffiziere vom Regiment Alexander sind inzwischen aus Berlin eingetroffen. Das Gericht beschließt, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, die als Zeugen vernommenen Soldaten, gegen die ein Vorverfahren wegen Mithäterchaft geschwebt hat, unbedingte zu lassen.

In der weiteren Verwahrung befindet Leinhardt Berger, der im Mittelbader Palais am 8. Mai Dienst hatte, daß die Angeklagten Müller und Kreiner und zwei von den anderen Soldaten am Abend zurückgelassen seien mit der Meldung von der Ermordung von M. Spartakisten. Müller hat der Zeuge für betrunken gehalten; er war blutüberströmt, sein Seitengewehr mit Blut beschmutzt.

Er führte unklare Reden. Kreiner dagegen war vollkommen normal. Seine Kleidung wies keine Blutspuren auf, auch sein Seitengewehr war unberührt. Der Zeuge bezeichnet Müller und Kreiner als durchaus verlässliche Soldaten.

Ein Zeuge, der Posten stand, befundet, daß er auch den Einbruch hatte, daß Müller betrunken war. Die halbe Kompanie sei betrunken gewesen, denn es habe nachmittags sehr starken Wein für die ganzen Mannschaften gegeben.

Die Mutter des Angeklagten Müller bezeichnet ihren Sohn als einen draben und sparramen Menschen, der sie flehlig unterhalte.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was ihn denn veranlaßt haben könnte eine solche Unterlage zu begeben, meint die Zeugin, ihr Sohn habe wohl geglaubt, für das Vaterland zu handeln.

Auf eine Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten Malowski, ob er noch an anderen Erschießungen von Spartakisten beteiligt gewesen sei, erwidert dieser, daß er einmal auf Befehl des Hauptmanns von Stutterheim einen Spartakisten, der mit Handgranaten und Waffen angetroffen worden war, erschossen habe. Dieser Mann sei aber vorher im Keller verhört worden. Auch Offiziersvertreter Kriebe habe einmal zwei oder drei Spartakisten auf Befehl erschossen. Einmal sei ein Mann erschossen worden, der in Frauenkleidung angetroffen worden war. Der Angeklagte bestreitet aber, daß diese Spartakisten vorher irgendwie mißhandelt wurden.

Demgegenüber meldet sich der Zeuge Feldwebel Poller und erklärt, daß die eingelieferten Spartakisten, wie er von seiner Wohnung im Palais Georg, in dem auch das Stabsquartier sich befand, beobachten konnte, vorher regelmäßig mißhandelt worden seien.

Der Verteidiger des Angeklagten Müller, Rechtsanwalt Kaufmann, legt an, auf Grund der Zeugenaussagen über die Betrunkenheit Müllers einen Sachverständigen, und zwar in erster Reihe Professor Kraepelin, über die Frage der verminderten Zurechnungsfähigkeit unter der Wirkung des Alkohols, zu vernehmen.

Es wird vom Gericht versucht werden, Professor Kraepelin oder einen anderen Sachverständigen herbeizuschaffen.

Industrie und Handel.

Zuchtthaus gegen Bücher.

Bekanntlich hatten sich die bayerischen Minister Endres, Dr. Müller, von Freyberg und Hamm Ende voriger Woche nach Berlin begeben, um bei den Reichsstellen wegen der nachdrücklichen Bekämpfung des Buchers und Schieberiums vorstellig zu werden. Bei den Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem Justizminister Dr. Müller und dem Reichsjustizministerium fanden die Ausführungen der bayerischen Kommissionen vollen Anklang. Es besteht insbesondere volle Einigkeit darüber, daß der bayerische Vorschlag, zur schnelleren Aburteilung von Bucher und Schleichhandel besondere Buchergerichte einzusetzen, schnellstens in die Tat umgesetzt wird. Eine weitere bayerische Anregung, für besonders schwere Fälle wucherischer Ausbeutung Zuchtstrafen anzubringen, wurde gleichfalls angenommen. Ein Gesetzentwurf, der vom bayerischen Justizministerium bereits vorbereitet ist, befindet sich in der endgültigen Ausarbeitung durch das Reichsjustizministerium.

Groß-Berlin

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.

In den „Zentraltheater-Beständen“ referierte am Dienstagabend vor einer überfüllten, von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie einberufenen Versammlung Hans Leuch. Er führte aus: Der größte Feind der Einigung sei die Skepsis. Das deutsche Volk befinde sich in einer Katastrophe, die sich in dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und insbesondere in dem fürchterlichen Friedensvertrage zeige. Besonders die Unsicherheit in der Arbeiterbewegung gebe dieser Katastrophe die entsetzlichen Formen. Wie in den großen Städten, so würde auch in Berlin, wo der Redner sein Arbeitsgebiet hat, das Lechte zerstört werden, wenn dort keine Einigkeit bestände. Noch schlimmer als die wirtschaftliche Katastrophe sei die vollständige Demoralisation aller Teile des Volkes. Die Kräfte des deutschen Proletariats würden vergeudet und zerplittert. Die Arbeiterbewegung habe hierdurch nicht mehr irgendwelche Kraft aufzuweisen. Jede Kraft, die in der Arbeiterbewegung noch vorhanden gewesen sei, sei durch den Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter aufgezehrt worden. Wenn es noch eine Hilfe, ein Heilmittel geben kann, dann sei es nur die Einigkeit der deutschen Arbeiter. Es sei der größte Wahnsinn, daß die Arbeiter sich gegenseitig systematisch daran hindern, die Macht zu ergreifen. Alle Gegensätze lassen sich nicht ohne weiteres aus der Welt schaffen; aber sie seien zweifellos so weit zu mildern, daß eine große Gemeinschaft in der Arbeit herzustellen sei.

In Stelle des erkrankten zweiten Referenten Heinrich Ströbel sprach Riebeling. Es schloß sich eine rege Diskussion an die Vorträge, in der zwar teilweise die Verschiedenheiten der Parteistellungen hervortraten, jedoch der Wille zur Einheit und die Notwendigkeit, den Zusammenbruch der Arbeiterbewegung durch engeren Zusammenhalt abzuwehren, von allen Rednern betont wurde. Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß Klassen und Führer über die inneren Gegensätze der Sozialdemokratie hinweg zu gemeinsamer Abwehr der Reaktion sich verständigen und Arbeitsgemeinschaften bilden.

Protektiongebung der Hausbesitzer gegen die Hählmiete. Der Bund der Berliner Hausbesitzer erhebt in einem Flugblatt energischen Protest gegen die geplante Festsetzung einer Hählmiete. In der Rundgebung heißt es zum Schluß: Der Hausbesitzer muß die Zahlung der Hypothekenzinsen sowie auch der Steuern und Abgaben einstellen, wenn die Begrenzung der Mieten infolge der geplanten Reduktion Tatsache wird. Damit ist aber auch die Zukunft der Kommune besiegelt.

Beutezüge aus einem Kirchenraub sind in dem Hause Wilschstraße 13 gefunden worden. Dort ist auf dem zweiten Treppenaufgang des Vorderhauses ein Karton, der zwei silberne Leuchter, drei kleine Kränze, einen Abendmahlstisch und eine Hängelampe mit Ketten und vier Gloden enthält. Die Sachen, die aus einer katholischen Kirche stammen, wurden von der Kriminalpolizei beschlagnahmt und können bei ihr beschlagnahmt werden.

Polak-Lichtspiele. Neue Philharmonie, Lindenstr. 96/97. Freitag „Die Siebzehnjährigen“ mit Hanni Weibe und Kurt Vespermann.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Warandori-Züchende. Wer Anmeldung auf 59, 60, 76, 83, 90 und 42 für Inwendliche verfahren hat, kann die 200 Gramm Hühner, 250 Gramm Kalbsbraten und 1000 Gramm Graupen in den 6 mehrdeligen Tolen, 500 Gramm inländische Hühnerhälften (43) für Kriegserlöshilfe.

Steglich. 23.—25. Oktober 250 g amerl. Belgenmehl (I 19), 250 g ausland. Waldmehl (90), 250 g Runkelhonig (84).

Tafel. Wegen ungünstiger Witterung in dieser Woche kein Krankebrod.

Wittenau. Freitag bis Sonnabend 250 g ausl. Stärkemehl (87), 150 g Hühnerhälften (88), 150 g Kalbsbraten (45).

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

17. Abteilung. Die Konferenz der Funktionäre und Vertrauensleute fällt wegen der Brauereiverammlung und einer anderen Versammlung aus.

Jugoslavische Vereinigung. Heute 7 1/2 Uhr im Saale der Jugoslavischen Sprechstunde, Lindenstraße 3, Diskussionsabend über „Individuellismus und Sozialismus“. Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Gesundbrunnen. Lokal Polak, Kolonnenstr. 20. Vortrag: Was ist Kunst? Niederrheinische. Lokal Fischer, Rennstr. 2b. Vortrag: Ferdinand Raffale.

Schönhäuser Vorstadt. Jugendheim Gem.-Schule, Sonnenburger Str. 20. Vortrag: Mari Watz und seine Theorien.

Sämtliche Veranstaltungen beginnen um 7 Uhr.

Bewerkschaftsbewegung

Der Streik im Eisenhandel.

Die freiziehenden Lagerarbeiter, Hofarbeiter, Väder, Kutscher usw. aus den Betrieben des Eisenhandels nahmen am Mittwoch Stellung zu der Bewegung. Rohschmidt vom Transportarbeiterverband führte etwa folgendes aus: Die Arbeitgeber haben sich

bei den Verhandlungen zunächst auf den Standpunkt gestellt, daß nicht das Lohnabkommen zum 30. September kündbar gewesen sei, sondern nur die Lohnsätze. Sie weigerten sich überhaupt, zu verhandeln über die Lohnregelung der Hausdiener, Kaffeeboten, Bureauarbeiter, Kranführer, Arbeiter an Glühöfen, Walzen und Säbelen. Auch über die Entlohnung der über 18 Jahre alten Arbeiter konnte keine Einigung erzielt werden. Für die über 20jährigen wurde zunächst geboten: Einstellungslohn 100 M., nach 10jähriger Tätigkeit 105 M., für Kutscher 110 M., nach einem halben Jahr 115 M.

Dieses Angebot wurde von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt. Hierauf erhoben die Arbeitgeber ihr Angebot um je 5 M. Nun wollten sie aber einen Teil in die Arbeiterchaft treiben, indem sie den flehigen Vorkarrierten 15 Pf. pro Stunde extra zahlen wollten, während die faulen Arbeiter die Zulage nicht bekommen sollten. Von den Arbeitern wurde das mit 1251 gegen 126 Stimmen abgelehnt und beschlossen, bei den Firmen des Arbeitgeberverbandes die Arbeit niederzulegen. Den nichtorganisierten Arbeitgebern sollte die Forderung ebenfalls unterbreitet werden, und wo eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde ebenfalls der Streik beschlossen. Bereits am ersten Streiktag haben eine Anzahl Betriebe mit rund 300 Beschäftigten die Forderungen bewilligt. Weitere Betriebe haben bei der Zentralstelle bereits am Verhandlungen nachgesucht. Rlose und Wappler ergänzen und unterstützen die Ausführungen.

Leider hat sich die Sicherheitsbewegung in diesen rein wirtschaftlichen Kampf eingemischt und einen Teil der Betriebe beschleht. Die Streikleitung hat beim Polizeipräsidenten sofort dagegen protestiert und die Zurückziehung der Truppen, die auf die bis jetzt noch sehr ruhigen Streikenden nur provokatorisch wirken können, gefordert. Zu wünschen ist, daß dieser Forderung nunmehr sofort entsprochen wird. Das Zentralstreikbureau befindet sich Melchiorstraße 15. Amt Rorichplatz 1564.

Achtung, Bauarbeiter!

Unsere Mitglieder hierdurch zur Kenntnis, daß die Arbeitsvermittlung für Fuher, Maurer und Hilfsarbeiter vormittags von 10 bis 12 Uhr im Zimmer 55 Ratibindel für die Wipps und Bementbranche findet die Vermittlung nachmittags von 4 bis 5 Uhr statt. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die Bibliothek wegen Renovierung der Bücher und Neuanschaffung eines Kataloges geschlossen ist. Alle Bücher, die noch im Besitz der Mitglieder sind, müssen umgehend eingeliefert werden.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.

Mig & Genest. Freitag Dattlungen unterhalten in den bekannten Lokalen. Ferner Unterhaltung abholen Nr. 200—2200 von 8—12 Uhr vorm.

Deutscher Werkmeister-Verband. Die Werkmeister des Bezirks X werden dringend ersucht, die anlässlich des Metallarbeiterstreiks in unserem Bureau, Etalauer Str. 56 I, ausliegenden Listen abzuholen und zu zeichnen.

Gerichtszeitung.

Der Prozeß gegen die „Vorwärts“-Besatzung.

Am Dienstag hatte ein Zeuge Kollwitz ausgesagt, er habe der Besatzung des Rossehauses angehört und als Parlamentarier gemeinsam mit anderen seiner Genossen auf der Stadtkommandantur mit dem damaligen Stadtkommandanten Wels am 10. Januar verhandelt. Es sei vereinbart worden, daß die revolutionären Arbeiter, welche die Zeitungsbetriebe einschließlich des „Vorwärts“ besetzt hielten, als kriegsführende Macht anerkannt werden. Gleichzeitig sei ein vierundzwanzigstündiger Waffenstillstand vereinbart und freier Abzug gestattet worden. Diese Vereinbarung sei schriftlich abgeschlossen und einerseits von den Parlamentariern, andererseits von Wels und Appelt unterschrieben worden. Dann habe Wels in der Reichsleitung die Besetzung dieser Vereinbarungen durch die Regierung eingeholt und ein von Ober und Scheldemann unterzeichnetes Besetzungsschreiben beigebracht. Infolge dieser Aussage beschloß das Gericht, Wels und den damaligen Chef der Reichsleitung, Kurt Baake, zu vernehmen.

Die Vernehmung fand heute statt. Wels sagte aus, er sei am 27. Dezember 1918 vom Amt des Stadtkommandanten zurückgetreten, er wisse nichts von Verhandlungen am 10. Januar. — Zeuge Kollwitz hielt hierauf seine Angabe, am 10. Januar mit Wels verhandelt zu haben, nicht aufrecht.

Kurt Baake sagte, ein Schriftstück des angegebenen Inhalts sei nicht durch seine Hände gegangen, er habe auch ein solches Schriftstück nicht gesehen. Die Verteidiger stellten eine Reihe von Fragen an den Zeugen, in der Richtung, ob Manfourentschriften von Ober und Scheldemann existierten, die im vorliegenden Falle von einem Unbefugten mißbraucht sein könnten. Nach Angabe des Zeugen Baake gab es Manfourent nur auf vorgebrachten Ausweisformularen, die für den vorliegenden Fall nicht in Frage kommen könnten. Aber es sei nicht völlig ausgeschlossen, daß in jenen aufgeregten Tagen von unbefugter Seite Unterschriften von Ober und Scheldemann mißbraucht sein können, die in hestographischer Linie zum Gebrauch für nicht gerade wichtige Schriftstücke vorlagen.

Nach der Frage, ob die am Januaraufstand Beteiligten sich als gleichberechtigte Macht betrachten konnten, wurde der frühere Volksbeauftragte Dittmann vernommen. Er schilderte die von ihm eingeleiteten Verhandlungen zur Beilegung der Unruhen und sagte, schon dadurch, daß sich die damalige, nur aus Reichstagsmitgliedern bestehende Regierung in Verhandlungen einließ und zunächst sogar sehr erheit über die Anknüpfung derselben gewesen sei, seien die Revolutionäre als gleichberechtigte Macht anerkannt worden. Auch die Verhandlungen selbst hätten zu dieser Auffassung berechtigt. — Der durch die Revolution eingesezte, aus Vertretern beider sozialdemokratischer Parteien bestehende Rat der Volksbeauftragten sei darüber einig gewesen, daß die auf Hochverrat, Aufruhr und ähnliche politische Delikte gerichteten Bestimmungen des Strafgesetzbuches solange nicht Anwendung finden dürfen, bis wieder eine verfassungsmäßige Regierung vorhanden sei.

Die Vernehmung wurde geschlossen.

Aus aller Welt.

Anschläge auf einen Eisenbahnzug.

Auf den Nachtschnellzug Bremen—Osnabrück D 92 wurden in den beiden letzten Nächten Anschläge verübt. In der vorletzten Nacht ist an einer einsamen Stelle in der Nähe des Hofs Heberhofen—Demförde, zwischen Rohnte und Lemförde, eine Schiene gelöst und zur Seite geschoben. Anschließend haben die Verbroder die mehr als zwanzig Meter lange Schiene nicht über eine Erhöhung der Unterlage hinweg bewegen können, sonst wäre ein Unglück unvermeidbar gewesen. — In der verflochtenen Nacht wurde eine schwere Eisenbahnwelle über das Gleis gelegt. Das Inspektionalbureau des Bundes, als bereits die Maschine und der Postwagen über die Schiene hindergesfahren waren und diese sich zwischen den Rädern verfangen hatte. Der Zug konnte zum Stehen gebracht werden. Die Kriminalpolizei hat mehrere höhere Beamte nach Bohme zur Untersuchung des Falles entsandt.

Erdbeben bei Rom.

Am Mittwoch früh ereignete sich, wie aus Italien gemeldet wird, ein harter Erdstoß. Nachrichten aus Städten der hauptsächlichsten Provinzen melden keinen Schaden. Es scheint, daß das Beben in nächster Nähe von Rom stattfand.

